

Mäßige Aussichten für 2005

Die Aussichten für die Konjunktur in diesem Jahr bleiben gedämpft. Die Binnenkonjunktur kann wohl der nachlassenden Weltkonjunktur keinen Impuls entgegensetzen. Für die Entwicklung des Arbeitsmarkts sind auch die Auswirkungen der Hartz IV-Reformen von Bedeutung, wobei zuerst die statistischen Änderungen ins Auge fallen. Die beabsichtigten Effekte werden sich erst im Zeitablauf einstellen.

Das Jahr 2004 schließt nach Angaben des Statistischen Bundesamts mit einem saison- und kalenderbereinigten Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,2 v.H. im Vergleich zum dritten Quartal. Damit hat sich die Abschwächung der deutschen Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte 2004 bestätigt. Über das gesamte Jahr betrachtet zeigt sich jedoch eine deutlich bessere

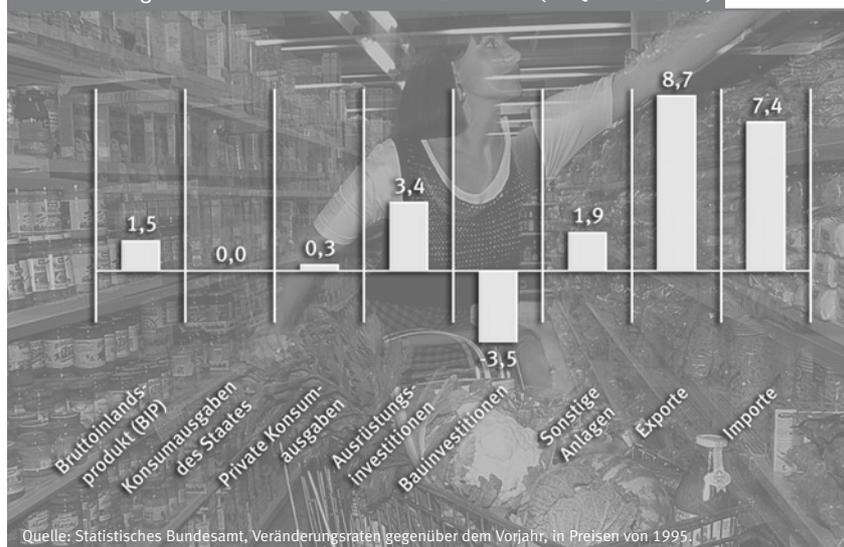
(+0,3 v.H.) und der Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen ist mit 0,2 v.H. nicht mehr so ausgeprägt wie in den anderen Quartalen des Jahres 2004 (-0,9, -1,0 und -1,3 v.H.). Letztere Entwicklung ist vor allem auf die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen zurückzuführen (siehe Abb.). Auch fällt der Außenbeitrag im vierten Quartal wieder positiv aus.

nung für die Binnenkonjunktur speist sich aus den im Dezember deutlich gestiegenen Auftragseingängen im Verarbeitenden Gewerbe mit einem kräftigen Nachfrageanstieg nach Investitionsgütern aus dem Inland und einer leichten Belebung des privaten Konsums. Letztere Faktoren dürften die Entwicklung des Frühindikators der ZEW Konjunkturerwartungen im Februar bestimmt haben, der einen nochmaligen deutlichen Anstieg um 9,0 auf 35,9 Punkte aufweist.

Außenbeitrag verliert an Bedeutung

Mit der nachlassenden Weltkonjunktur werden die Exporte im Jahr 2005 voraussichtlich an Dynamik verlieren. Mit prognostizierten Veränderungsrate zwischen 1,8 v.H. (IfW) und 6,4 v.H. (RWI) bleibt der Export jedoch immer noch eine Stütze für die deutsche Konjunktur. Mit der sich belebenden Binnennachfrage sollten auch die Importe an Bedeutung gewinnen. Die Prognosen weisen jedoch eine große Spannweite auf, zwischen 0,7 v.H. (IfW) und 8,0 v.H. (Com-

Veränderungsraten volkswirtschaftlicher Eckdaten (4. Quartal 2004)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr, in Preisen von 1995,0

konjunkturelle Situation als im Vorjahr, die Veränderungsrate des realen BIP beträgt kalenderbereinigt 1,0 v.H. und nicht bereinigt 1,6 v.H. Für die einzelnen Komponenten des BIP ergibt sich für das vierte Quartal folgendes Bild: Erstmals sind die privaten Konsumausgaben höher ausgefallen als im Vorjahresquartal

Allerdings sind die Perspektiven für eine erhebliche konjunkturelle Belebung in Deutschland auch im Jahr 2005 eher verhalten. Die Experten haben ihre Prognosen nach unten korrigiert, so dass jetzt Werte zwischen 0,8 (IfW) und 1,4 v.H. (Allianz) für die Veränderungsrate des realen BIP erwartet werden. Die Hoff-

IN DIESER AUSGABE

Mäßige Aussichten für 2005	1
Die voraussichtliche Lage in der EWU	3
ZEW-Finanzmarkttest: Ergebnisse der Umfrage im Februar 2005	4
Gutachten zu den EU-Strukturindikatoren – Messlatten der Lissabon-Agenda	6
Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005	8
Messkonzepte und Entwicklungen fiskalischer Dezentralisierung	10
Inflationsdifferenzen im Euroraum	12

merzbank). Das monetäre Umfeld ist immer noch günstig und angesichts moderater Entwicklungen der Verbraucherpreise in der Eurozone dürfte die Europäische Zentralbank in absehbarer Zeit nicht von ihrem expansiven geldpolitischen Kurs abweichen. Außerdem wird vermutlich der Bedarf an Ersatzinvestitionen wegen der schwachen Investitionstätigkeit der vergangenen Jahre mittlerweile größeren Druck auf die Unternehmen auslösen, so dass in diesem Jahr mit einer deutlich stärkeren Nachfrage nach Investitionsgütern als noch im letzten Jahr zu rechnen ist. Trotzdem weisen die Einschätzungen über die Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen eine größere Streuung auf.

Verbrauchervertrauen nimmt zu

Der private Verbrauch in Deutschland verharrte im vergangenen Jahr in realer Rechnung auf einem Niveau wie zuletzt vor vier Jahren. Zum einen lag dies an einer schwachen Entwicklung der Kaufkraft der privaten Haushalte, da die Nettolöhne langsamer als die Inflationsrate zugenommen haben. Eine weitere Erklärung liefert die Sparquote, die seit mehr als fünf Jahren kontinuierlich ansteigt und im Jahr 2004 einen Wert von 10,9 v.H. aufwies. Zwar sind die Spargründe von pri-

vaten Haushalten vielfältig, allerdings dürfte sich in diesem Verhalten auch maßgeblich das Motiv des Vorsichtsparens und das Bedürfnis zum Aufbau einer zusätzlichen Altersvorsorge äußern. Angesichts der breit geführten Diskussion um die Belastbarkeit der Rentenversicherungssysteme in Folge der demographischen Entwicklung sowie eine nach wie vor angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt sind dies durchaus rationale Beweggründe.

Zuversicht für die Entwicklung des privaten Verbrauchs im laufenden Jahr vermitteln aktuelle Stimmungsindikatoren. Der Konsumklimaindikator der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) stieg im Februar auf 4,1 Punkte und insbesondere die Neigung für größere Anschaffungen hat wieder zugelegt. Günstig auf die Kaufkraft der Einkommen wird sich auch die erwartete Entwicklung der Verbraucherpreise auswirken, die sich zwischen 1,2 v.H. (Allianz) und 1,6 v.H. (HWWA, RWI) bewegen dürfte (siehe Tabelle 1).

Arbeitslosigkeit unverändert hoch

Im zurückliegenden Jahr stieg die Erwerbstätigkeit leicht an. Dies ist zum größten Teil auf eine Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung im Rahmen

der Minijobs sowie einem Anstieg der selbstständigen Tätigkeiten (Ich-AGs) zurückzuführen. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten hat dagegen im Jahresvergleich deutlich abgenommen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen hat im Januar erstmals die Fünfmillionengrenze auf Basis nicht saisonbereinigter Werte überschritten. Die Zunahme im Vergleich zum Dezemberwert betrug dabei 227.000 Personen, wobei saisonbedingte Einflüsse herausgerechnet wurden. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe fällt die neu ausgewiesene Arbeitslosenzahl rein statistisch höher aus. Die Zunahme der Arbeitslosen aufgrund dieses statistischen Effekts bezieht sich nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit auf 222.000 Personen. Grundsätzlich hat sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt im Januar 2005 praktisch nicht verändert.

Im laufenden Jahr ist zunächst nicht mit einer durchgreifenden Erholung auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen. Hierfür ist die erwartete wirtschaftliche Dynamik noch zu gering und viele Unternehmen werden Neueinstellungen erst vornehmen, wenn sich die konjunkturelle Erholung festigen wird.

*Dr. Katrin Ullrich, ullrich@zew.de
Marcus Kappler, kappler@zew.de*

Tabelle 1: Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2004 und 2005

	Statist. BA	HWWA	ifo	IfW	IWH	RWI	Allianz	Commerz- bank	BHF- Bank
	2004	2005	2005	2005	2005	2005	2005	2005	2005
BIP, real	1,6	0,9	1,2	0,8	1,3	1,3	1,4	1,3	1,2
Privater Konsum	-0,4	0,5	0,8	0,3	0,7	0,7	1,0	0,5	1,1
Konsumausgaben des Staates	0,4	0,2	0,4	0,2	1,4	-0,1	0,5	-	0,2
Bruttoanlage- investitionen	-0,9	1,5	1,0	0,3	1,4	2,1	-	1,5	1,4
Exporte	8,6	3,9	5,0	1,8	5,9	6,4	4,1	6,3	3,3
Importe	6,4	4,3	4,8	0,7	7,1	6,3	5,0	8,0	3,4
Erwerbstätige (in Tsd.)	38.442 0,3	38.673 0,6	38.517 0,4	38.602 0,6	38.695 0,8	38.670 0,8	38.826 1,0	38.700 0,8	-
Arbeitslose(in Tsd.)	4.381	4.530	4.466	4.482	4.560	4.450	-	4.500	-
Arbeitslosenquote	10,5	-	10,4	10,7	10,5	10,3	10,7	10,8	10,6
Preisindex der Lebenshaltung	1,6	1,6	1,4	1,3	1,5	1,6	1,2	1,3	1,5
Finanzierungssaldo des Staates in v.H. des BIP	-3,7	-3,5	-3,1	-3,1	-3,5	-3,4	-3,2	-3,4	-3,1

Mit Ausnahme der Arbeitslosenquote und der Anzahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen alle Angaben als Veränderung in v.H. gegenüber dem Vorjahr. Arbeitslosenquote gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. Stand: 24.02.2005

Quellen: HWWA 21.12.2004, ifo 21.12.2004, IfW 9.12.2004, IWH 20.12.2004, RWI 13.12.2004, Allianz 28.1.2005, Commerzbank 19.1.2005, Februar/März 2005, BHF-Bank 24.02.2005

Die voraussichtliche Lage in der EWU

Die wirtschaftliche Dynamik in der Eurozone hat im vierten Quartal 2004, für welches jetzt erste Schätzungen von Eurostat vorliegen, erneut an Schwung verloren. Mit dieser aktuellen Veröffentlichung der amtlichen Statistik kann nun das vergangene Jahr anhand von aggregierten BIP-Daten vollständig abgebildet werden, welches sich in der Rückschau wie folgt darstellt: Während im ersten Halbjahr die Expansion der europäischen Wirtschaft noch relativ schwungvoll verlief, hat sich dieser Trend mit Beginn der zweiten Jahreshälfte schon wieder umgekehrt. Zumindest was die „harten Daten“ betrifft, kann also nicht von einer günstigen Voraussetzung für den Start ins neue Jahr gesprochen werden. Die jüngsten Zahlen aus Luxemburg belegen aber auch, dass die aktuelle Entwicklung von Land zu Land uneinheitlich verläuft. Spanien, Frankreich und Finnland wiesen im vierten Quartal 2004 eine robuste Veränderung der Bruttowertschöpfung im Vergleich zum Vorquartal auf, während Deutschland, Italien, Griechenland und die Niederlande ein ums andere Mal das Schlusslicht dieser Statistik bilden. Ein Blick auf die Verwen-

dungsseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – exemplarisch für Deutschland und Frankreich und die erste Jahreshälfte 2004 – verdeutlicht die unterschiedlichen Beiträge der einzelnen Aggregate für die konjunkturelle Entwicklung in den einzelnen Ländern: In Deutschland erwies sich vor allem die lebhaftere Auslandsnachfrage nach Exportgütern als vorteilhaft für die Konjunktur, während die Binnennachfrage äußerst verhaltene Beiträge leistete. In Frankreich verlief diese Entwicklung gerade umgekehrt, da insbesondere die privaten Haushalte konsumfreudiger waren als in Deutschland und die schwache Nachfrage in Deutschland französische Exporte zusätzlich hemmte. Im Zuge der günstigen Binnennachfrage in Frankreich begannen Unternehmen wieder verstärkt zu investieren, während Investitionen in Deutschland noch nicht zur Konjunkturstütze beitrugen.

Ein wenig optimistisches Bild über die zukünftige Lage in der EWU zeichnen die aktuellen Stimmungsindikatoren der Europäischen Kommission. Der Stimmung Indikator für die Eurozone ist im Februar um mehr als einen Punkt gefal-

len und liegt momentan unter seinem historischen Mittelwert. Dieser Indikator fasst die monatlichen Umfragen in den Mitgliedsländern der EWU zur Industrienentwicklung, zum Dienstleistungssektor, zum Konsumentenvertrauen, zum Einzelhandel sowie zum Baugewerbe zu einem aussagekräftigen Einzelindikator zusammen. Eine deutliche Zunahme wiesen dagegen die Konjunkturerwartungen für die Eurozone des ZEW im Rahmen der Februarumfrage aus. Die sieben europäischen Wirtschaftsforschungsinstitute des European Economic Network prognostizieren für dieses Jahr eine BIP-Veränderungsrate in der Eurozone von 1,6 v.H. (s. Tabelle).

Die Arbeitslosenquote in der Eurozone ist zuletzt (Dezemberwert) etwas gestiegen und wird dieses Jahr voraussichtlich 8,8 v.H. betragen. Der statistische Anstieg der deutschen Arbeitslosigkeit infolge der Hartz-Gesetze wird sich kaum auf das europäische Aggregat auswirken, da dieses ohnehin auf Basis harmonisierter Standards und Definitionen der International Labour Organisation (ILO) erhoben wird.

Marcus Kappler, kappler@zew.de

	EWU	Italien	Spanien	Österreich	Niederlande	Finnland
	2005	2005	2005	2005	2005	2005
BIP, real	1,6	1,5	2,7	2,2	1,0	3,0
– Privater Verbrauch	1,7	1,2	3,3	2,1	-0,25	2,6
– Investitionen	2,4	2,2	6,0	1,6	2,25	3,9
– Exporte	5,6	6,6	4,8	6,0	4,75	5,3
– Importe	2,7	6,0	8,3	6,0	4,0	5,2
Verbraucherpreise	1,9	2,1	2,8	2,3	1,25	1,5
Arbeitslosenquote	8,8	7,5	10,7	5,8	5,2	8,7
Beschäftigung	0,9	1,5	2,3	0,7	0,6	0,9
	Belgien	Irland	Frankreich	Portugal	Griechenland	nachrichtl. GB
	2005	2005	2005	2005	2005	2005
BIP, real	2,2	5,0	2,0	2,0	3,2	2,7
– Privater Verbrauch	1,7	4,1	2,3	2,3	3,5	1,8
– Investitionen	4,3	4,0	3,6	3,0	1,7	5,9
– Exporte	5,8	6,9	5,2	6,1	3,5	4,9
– Importe	5,9	6,0	6,3	5,9	2,6	4,9
Verbraucherpreise	1,7	2,1	1,3	2,0	3,2	1,7
Arbeitslosenquote	7,6	4,1	9,7	6,6	8,9	4,7
Beschäftigung	0,7	1,6	0,4	0,7	0,9	0,4

Quellen: Alle: Arbeitslosenquote und Beschäftigung: Europäische OECD, Paris. EWU: European Economic Network (EUREN), Beschäftigung: Europäische OECD. Österreich: Wifo, Wien. Spanien: La Caixa, Barcelona. Belgien: IRES, Louvain-la-Neuve. Niederlande: CPB, Den Haag. Finnland: ETLA, Helsinki. Frankreich: BNP Paribas, Paris. Irland: ESRI, Dublin. Italien: Banca Intesa, Mailand. Portugal: Banco Espirito Santo, Lissabon. Griechenland: National Bank of Greece, Athen. GB: NIESR, London.

Stand: 16.02.05

ZEW-FINANZMARKTTTEST

Ergebnisse der Februarumfrage 2005

Der ZEW-Finanzmarkttest ist eine seit Dezember 1991 durchgeführte Umfrage, in der monatlich die vorherrschenden Erwartungen über die Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten erhoben werden. Insgesamt beteiligen sich rund 350 Analysten an dieser Umfrage, darunter etwa 270 aus Banken und Kapitalanlagegesellschaften, 50 aus Versicherungen und 30 aus Industrieunternehmen. Angesprochen werden die Finanzexperten der Finanz- und Researchabteilungen sowie der volkswirtschaftlichen Abteilungen und der Anlage- und Wertpapierabteilungen.

Sie werden nach ihren mittelfristigen Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung der Konjunktur, der Inflationsrate, der kurz- und langfristigen Zinsen, der Aktien- und der Wechselkurse sowie der Branchen befragt. Auf den folgenden beiden Seiten werden die wichtigsten Ergebnisse der aktuellen Umfrage vom 24.01. bis 14.02.2005 dargestellt. Weitere Informationen zum ZEW-Finanzmarkttest sind in Form einer Kurzinformation und des aktuellen ZEW-Finanzmarktreports für März 2005 erhältlich.

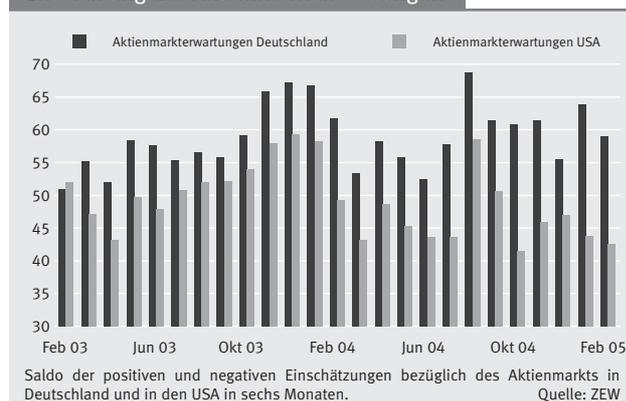
Volker Kleff, kleff@zew.de; Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Aktienkurse lassen Skepsis steigen

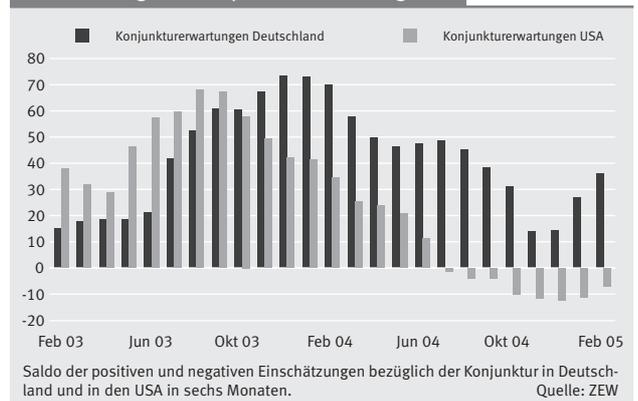
Den befragten Experten scheint die jüngste Entwicklung an den Aktienmärkten etwas übertrieben zu sein. Immerhin legten der Dax und der Eurostoxx-50 seit ihren Tiefständen Ende Oktober letzten Jahres um über 13 v.H. und der Dow Jones um knapp 11 v.H. zu. Aufgrund der deutlichen Kursgewinne der letzten Wochen und Monate trauen die Experten den Aktienindizes auf Sicht der nächsten sechs Monate nur noch eine moderate Entwicklung zu.

Gleichwohl hat sich an dem positiven Umfeld für Aktien wenig geändert. In mancher Hinsicht hat es sich sogar verbessert. So liegt das Marktzinsniveau wieder nahe bei seinen historischen Tiefständen und lässt Aktien im Vergleich zu Anleihen deutlich attraktiver erscheinen. Zudem sorgen die niedrigen Zinsen dafür, dass die Unternehmen ihre Investitionen günstiger finanzieren können. Eine stärkere Investitionstätigkeit würde höheren Unternehmensgewinnen und damit steigenden Aktienkursen den Boden bereiten. Die jüngst gemeldeten deutschen Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe könnten ein Zeichen dafür sein, dass dieser Mechanismus in Gang gekommen ist. So meldete insbesondere die deutsche Investitionsgüterindustrie im Dezember deutlich mehr Aufträge aus dem Inland als einen Monat zuvor. Auch die Konsumnachfrage könnte längerfristig über höhere Löhne von einer stärkeren Investitionstätigkeit profitieren.

Entwicklung der Aktienmarkterwartungen



Entwicklung der Konjunkturerwartungen



Neben dem vielversprechenden Auftragseingang im Investitionsgüterbereich und den niedrigen Zinsen spricht die weitere Beruhigung auf dem Öl- und Devisenmarkt für eine Fortsetzung der Aktienkurssteigerungen. Beide Faktoren haben den Aktienmarkt in den letzten Monaten in Atem gehalten. Die Befürchtung bestand, dass steigende Ölpreise die Inflation anheizen und eine weitere Abschwächung des US-Dollars zum Euro die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure gefährden würde.

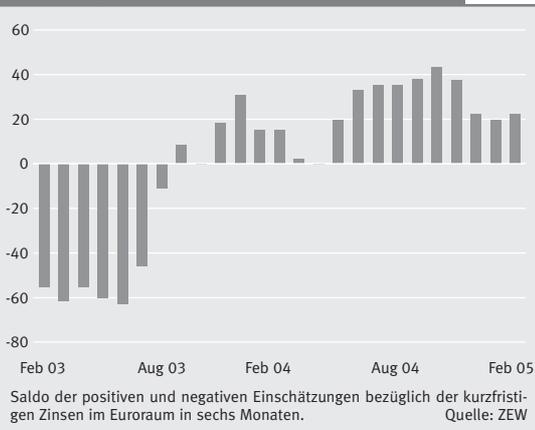
Da der Ölpreis sich aber seinerzeit nicht anschickte, zu seinen alten Hochs zurückzukehren, und die Experten keine deutlichen Ölpreissteigerungen auf mittlere Sicht erwarteten, haben sie in diesem Monat ihre Inflationserwartungen zurückgenommen. Ein Viertel der Experten kann sich nun wieder einen Rückgang der Inflationsrate in Deutschland auf Sicht der nächsten sechs Monate vorstellen. Gefahr könnte jedoch von der Wechselkursseite drohen. Nach wie vor erwartet fast jeder zweite Experte, dass der Euro weiter gegenüber dem US-Dollar aufwerten und seine alten Höchststände wieder testen wird.

Selbst wenn das Börsenumfeld insgesamt positiv erscheint, sollten Risikofaktoren wie etwa der Wechselkurs nicht vernachlässigt werden. Dies gilt um so mehr, da die Aktiennotierungen bereits ein Niveau erreicht haben, auf dem Kursrückschläge wahrscheinlicher werden.

Volker Kleff

Euroraum: EZB durch die US-Zentralbank nicht unter Druck

Erwartungen bezüglich kurzfristiger Zinsen

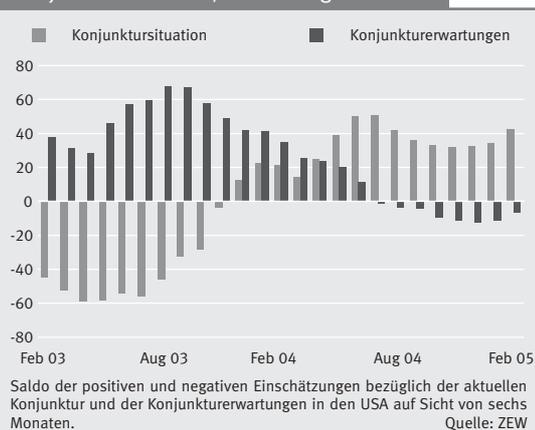


Die EZB wird nach Ansicht der Finanzmarktexperten wohl noch einige Monate warten, bevor sie die Zinsen erhöht. Unter Zugzwang ist die EZB jedenfalls nicht, nachdem die US-Zentralbank die Zinsen jüngst von 2,25 auf 2,5 v.H. erhöht hat. Zu unterschiedlich verläuft die Konjunkturentwicklung in den USA und im Euroraum. Während etwa das deutsche BIP im vierten Quartal letzten Jahres mit einem Rückgang von 0,2 v.H. aufwartete, stieg die US-Wirtschaftsleistung im gleichen Zeitraum um +3,3 v.H. Da die Konjunkturentwicklung im Euroraum demnach noch auf recht wackligen Beinen steht, könnte sie durch eine baldige Zinserhöhung der EZB leicht ins Trudeln geraten. Einer raschen Zinserhöhung widerspricht auch die Inflationsentwicklung, von der derzeit wenig Gefahr ausgeht. So nehmen die befragten Experten ihre Inflationserwartungen im Februar weiter zurück. Insgesamt erwartet nur ein knappes Viertel von ihnen, dass die Zentralbank die Zinsen mittelfristig erhöhen wird.

Volker Kleff

USA: Stimmung hellt sich weiter auf

Konjunktursituation/-erwartungen USA

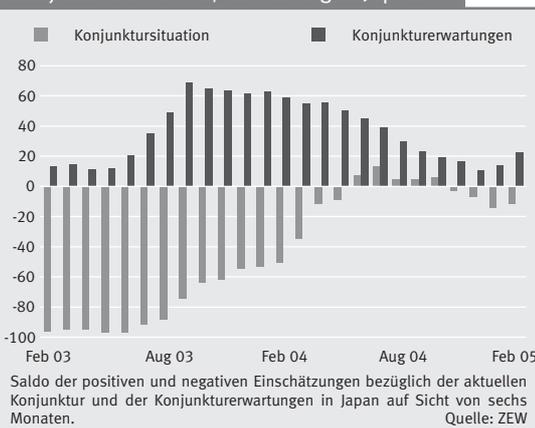


Das Lager der Experten, die die aktuelle Situation der US-Konjunktur positiv bewerten, ist in diesem Monat um 8,0 Punkte gegenüber dem Vormonat gestiegen. Auch die Erwartungskomponente hat um 4,4 Punkte zugelegt. Dies dürfte sowohl auf die jüngst veröffentlichten günstigen Einzelhandelszahlen als auch auf das robuste Konsumentenvertrauen in den USA zurückzuführen sein. Für die ungebrochene Konsumbereitschaft dürfte die deutliche Steigerung der Realeinkommen im Vorjahr sowie eine anhaltende Verbesserung der Beschäftigungssituation ausschlaggebend sein. Selbst die Aussicht auf allmählich steigende Zinsen irritiert die Verbraucher nicht. Die erneute Anhebung der Leitzinsen, die den US-Dollar gegenüber dem Euro teurer macht, reicht den befragten Analysten zufolge jedoch nicht für weitere Kursgewinne des US-Dollars gegenüber dem Euro aus. Sie rechnen vielmehr damit, dass die jüngste Aufwertung der US-Währung innerhalb der nächsten sechs Monate wieder rückgängig gemacht wird.

Sandra Schmidt

Japan: Weiterhin auf Wachstumskurs

Konjunktursituation/-erwartungen Japan



Die befragten Experten sind der Meinung, dass Japan weiterhin auf Wachstumskurs bleibt, denn die Reformen im Unternehmens- sowie im Bankensektor zeigen Wirkung. So konnten die Unternehmen eine höhere Rentabilität vorweisen und Banken ihre notleidenden Kredite reduzieren. Ein wirtschaftspolitischer Erfolg ist die Reduktion der Arbeitslosenquote. Diese geht zwar zur Zeit mit sinkenden Löhnen einher. Den positiven Effekt der rückläufigen Arbeitslosigkeit auf den privaten Verbrauch im Gesamtjahr 2004 hat dies indessen nicht aufgehoben. Er präsentiert sich stabiler als im Vorjahr, wenn auch ein Rückschlag im letzten Quartal hingenommen werden musste. Dennoch steht die Volkswirtschaft vor einigen Herausforderungen. Hierzu gehört etwa die Notwendigkeit, die Staatsfinanzen zu sanieren, denn die öffentliche Schuldenquote von über 160 v.H. ist im OECD-Vergleich die höchste. Hinzu kommt, dass Japan gerade am Beginn eines historisch erstmalig auftretenden Alterungsprozesses der Bevölkerung steht.

Sandra Schmidt

Gutachten zu den EU-Strukturindikatoren – Messlatten der Lissabon-Agenda

Im Jahr 2000 hat der Europäische Rat in Lissabon das Ziel formuliert, innerhalb von zehn Jahren die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen. Im Jahr 2005 ist nun der Zeitpunkt für eine Halbbilanz gekommen. Eine wesentliche Rolle für diese Bilanz spielen die so genannten „EU-Strukturindikatoren“, eine umfangreiche Liste von quantitativen Indikatoren. Diese Indikatoren sollen insbesondere Auskunft über die relative Performance der EU-Mitglieder geben, um auf diese Weise besonders erfolgreiche und erfolglose Länder zu identifizieren.

In einer vom Bundesministerium der Finanzen in Auftrag gegebenen Studie hat das ZEW diese Liste von Strukturindikatoren im Hinblick auf ihre Aussagekraft evaluiert. Im Mittelpunkt der Untersuchung standen dabei Fragen nach der Vollständigkeit der Liste, der Eignung einzelner Indikatoren für sinnvolle Querschnittsvergleiche und Möglichkeiten zur Ableitung einer Gesamtaussage zur relativen Performance der EU-Staaten.

Ausgangspunkt der Analyse ist die Funktionsbestimmung der Indikatoren. Im Rahmen der Lissabon-Agenda dienen sie sowohl der Präzisierung von Politikzielen als auch deren laufender Überwachung. Die „weiche“ Art der Sanktionierung verläuft bei dieser Art der Koordination (der so genannten „offenen Methode der Koordinierung“) über die Signalwirkung in der Öffentlichkeit und Mechanismen des „peer pressure“. Die Strukturindikatoren können diese Funktion nur erfüllen, wenn folgende Anforderungen erfüllt sind: Die Liste muss erstens einigermaßen überschaubar sein. Je höher die Dimensionalität und der Umfang des Indikatorenfelds, desto schwieriger ist die Ableitung einer Gesamtaussage. Zweitens sollte das politisch vereinbarte Zielsystem möglichst vollständig abgedeckt sein. Drittens sollten Länder nur anhand von solchen Indikatoren verglichen werden, die nicht manipulierbar sind und bei denen nicht nationale Besonderheiten einen maßgeblichen und auf absehbare Zeit unveränderbaren Einfluss ausüben.

Die EU-Strukturindikatoren sind eingeteilt in fünf Felder: allgemeiner wirtschaftlicher Hintergrund, Beschäftigung, Innovation und Forschung, ökonomische Reform, sozialer Zusammenhalt und Umwelt. Angesichts des Umfangs der Liste (mit allen Subindikatoren werden über 100 Indikatoren verfolgt) kann eindeutig nicht mehr von einer überschaubaren Liste gesprochen werden. Dem Problem der Unübersichtlichkeit wird allerdings durch eine knappe Auswahlliste von 14 Größen begegnet, die statt der Langliste im Mittelpunkt der Lissabon-Fortschrittsanalysen steht.

Die Detailanalyse zu den einzelnen Indikatorengruppen ergibt folgende Einschätzung:

■ Indikatorengruppe allgemeiner wirtschaftlicher Hintergrund

Bei den meisten der betrachteten Indikatoren (Beispiele: BIP pro Kopf, Arbeitsproduktivität, Inflation, öffentlicher Finanzierungssaldo) handelt es sich um Schlüsselindikatoren, die prinzipiell geeignet sind, über das Erreichen der Lissabon-Strategie auf gesamtwirtschaftlicher Ebene zu informieren. Bisher überwiegt allerdings die Darstellung von stark konjunkturell beeinflussten Momentaufnahmen der jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Situation eines Landes.

Die Darstellung der Situation der öffentlichen Finanzen wird bisher in zu simplifizierter Form vorgenommen. Hier würden Indikatoren zur Nachhaltigkeit und Qualität der öffentlichen Finanzen

eine wesentlich tiefgreifendere Analyse der Finanzpolitik ermöglichen.

■ Indikatorengruppe Beschäftigung

Das Hauptziel von Lissabon im Bereich Beschäftigung, eine hohe Beschäftigungsquote, wird durch verschiedene Indikatoren abgebildet. Jedoch wird bisher nur die Anzahl der Beschäftigten, nicht aber deren Arbeitsvolumen berücksichtigt.

Die aufgeführten Indikatoren (Beispiele: Beschäftigungsquote, effektives Austrittsalter, Arbeitslosenquote) beziehen sich hauptsächlich auf die Quantität der Beschäftigung, spiegeln jedoch kaum deren Qualität wider. Lediglich der Indikator der Arbeitsunfälle beschreibt, allerdings unzureichend, einen qualitativen Aspekt der Beschäftigung.

Weiterhin werden durch die Indikatoren keine Reformen wie eine Deregulierung oder Flexibilisierung des Arbeitsmarktes abgebildet. Daher lassen sich wirtschaftspolitische Reformen kaum zeitnah durch die derzeitigen Indikatoren abbilden.

■ Indikatorengruppe Innovation und Forschung

Der Bereich „Innovation und Forschung“ steht in einem engen Zusammenhang mit dem Ziel der Lissabon-Strategie, Europa bis 2010 zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Gesellschaft und Wirtschaft der Welt zu machen. Er bildet mit FuE-Aufwendungen und Aufwendungen für Humanressourcen die wesentlichen Investitionen in die Produktion von Wissen und neuen Technologien ab. Ein Schwachpunkt der Indikatorenliste ist - abgesehen von einer Reihe von Detailproblemen einzelner Indikatoren - eine Schwerpunktsetzung auf der Inputseite (Beispiele: Ausgaben für Bildung und FuE) und eine Vernachlässigung von Ergebnissen und Rahmenbedingungen. Die gleichgewichtige Berücksichtigung

von Input- und Outputgrößen ist aber für Effizienzanalysen unverzichtbar. Die vorhandenen Indikatoren erlauben nur eingeschränkt eine Einschätzung der Effektivität und Effizienz des Bildungssystems oder der Ausschöpfung von Bildungspotenzialen.

■ Indikatorengruppe ökonomische Reform

Wichtige Reformbereiche werden in diesem Indikatorblock deshalb nicht abgebildet, weil sie von der Gesamtlöge der Indikatorenliste her besser in anderen Politikfeldern unterzubringen sind wie etwa Arbeitsmarktreforren, die dem Bereich Beschäftigung zuzuordnen sind. Ausreichend vertreten sind in jedem Fall Indikatoren, die sich auf das Integrations- und das Liberalisierungsziel beziehen (Beispiele: Preise und Marktstruktur in netzgebundenen Wirtschaftszweigen). Defizite bestehen hingegen bei den auf den staatlichen Sektor bezogenen Indikatoren. Die diesbezüglichen Größen beziehen sich mit Beihilfen und öffentlicher Auftragsvergabe vor allem auf die Frage, inwieweit der öffentliche Sektor die Märkte verzerrt. Völlig unterbelichtet bleibt hingegen die interne Effizienz des öffentlichen Sektors. Bei der Frage der Marktverzerrung ist auch nach wie vor das allgemeine Regulierungsniveau nicht erfasst.

■ Indikatorengruppe sozialer Zusammenhalt

Die dieser Indikatorengruppe zu Grunde liegende Zielsetzung ist nicht gänzlich widerspruchsfrei. Ein möglicher Zielkonflikt innerhalb der Indikatorengruppe „sozialer Zusammenhalt“ ist im Hinblick auf die Anreizwirkungen von Bedürftigkeitsprüfungen unterliegenden Sozialtransfers zu erkennen. Eine Erhöhung solcher Transfers würde zu einer Verbesserung der Armuts- und Ungleichheitsindikatoren führen, könnte aber gleichzeitig aufgrund der eher anreizhemmenden Wirkung dieser Transfers zu einer steigenden Arbeitslosigkeit führen (Stichwort: Armutsfalle). Ein negativer Beschäftigungs- und Wachstumseffekt kann sich auch ergeben, wenn man die Finanzierungsseite dieser Transfers betrachtet, die durch Steuern, Sozialabgaben oder aber öffentliche Defizite abgedeckt werden müssen. Gerade auf dem Gebiet der Verteilungsfragen stellt sich zudem die Frage, ob tatsächlich von gleichen Präfe-

renzen aller EU-Staaten auszugehen ist, oder ob Verteilungsunterschiede je nach Mitgliedstaat nicht eine ganz unterschiedliche Akzeptanz genießen.

■ Indikatorengruppe Umwelt

Der Charakter der Umwelt-Strukturindikatoren trägt den allgemeinen Leitlinien von Göteborg Rechnung. Die vorrangigen Bereiche europäischer Umweltpolitik werden dabei recht umfassend abgebildet. Allerdings fällt die Gewichtung der verschiedenen Prioritäten sehr ungleich aus. Das Thema Klimawandel und die damit verbundenen gesellschaftlichen „Driving forces“ Energienutzung und Verkehr werden besonders stark betont (Beispiele: Transportintensitäten, Verkehrsverteilung, Treibhausgasemissionen, Energieintensität). Im Vergleich zu anderen Umwelt- und Nachhaltigkeitsindikatoren sätzen schafft diese Hervorhebung der Ressourceneffizienz die klare Verbindung zu den in erster Linie an wirtschaftlichen Aspekten orientierten Lissabonzielen. Andererseits wird die Problematik der Ressourcennutzung und der umweltbedingten Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit nur durch wenige Indikatoren repräsentiert, die zudem methodisch schlechter entwickelt sind und auf einer schwächeren Datengrundlage basieren.

Schlussfolgerungen

Bei der Gesamtschau auf die Liste der EU-Strukturindikatoren fällt auf, welche geringe Aufmerksamkeit dem öffentlichen Sektor zukommt und wie unsystematisch seine Erfassung erfolgt. Dieses geringe Gewicht ist nicht angemessen angesichts der Tatsache, dass Umfang und Schwerpunktsetzung staatlicher Aktivität maßgeblich das Wachstumspotenzial beeinflussen. Noch dazu sind diese Merkmale durch die Politik viel eher veränderbar als dies für viele andere Größen auf der Indikatorliste gilt. Die ZEW-Studie empfiehlt deshalb, diesem Bereich in Zukunft ein eigenes Indikatorenfeld zu widmen, das unter anderem folgende Indikatoren enthalten könnte: Staatsquote, Grenzsteuersätze, Effizienzmaße öffentlicher Aktivität und Nachhaltigkeitslücken. Im Hinblick auf Möglichkeiten einer Verdichtung der Indikatoren im Rahmen eines Gesamtrankings kommt die Analy-

se des ZEW zu einer negativen Einschätzung. Auf der Indikatorenliste werden Kennzahlen zu gänzlich verschiedenen Politikfeldern unter einem Dach vereint. Die ökonomische Wirklichkeit, die durch die EU-Strukturindikatoren abgebildet wird, ist viel zu komplex, um in einer Kennzahl erfasst werden zu können. Auf der Indikatorenliste befinden sich zudem eine Vielzahl von Größen, die überhaupt nicht sinnvoll für Querschnittsvergleiche herangezogen werden können. Die Ermittlung eines einheitlichen Erfolgs-Rankings ist konzeptionell schon deshalb unmöglich, weil „Erfolg“ von Land zu Land aufgrund unterschiedlicher Zielgewichte verschieden definiert wird.

Wirtschaftsreforren wie etwa die derzeitigen deutschen Arbeitsmarktreforren finden nur einen punktuellen und verzögerten Niederschlag in der gegenwärtigen Indikatorenliste. Es existieren Ansätze, Veränderungen qualitativer Natur auf dem Feld der Regulierung zu quantifizieren und durch Indikatoren darzustellen. Diese sollten Eingang in die Fortentwicklung der Indikatorenliste finden.

In methodischer Hinsicht kann die Lissabon-Halbzeitbilanz besonders durch Effizienzbetrachtungen auf der Grundlage vorliegender Indikatoren bereichert werden. Chancenreich für unverzichtbare Hintergrundanalysen der Lissabon-Halbzeitbilanz ist auch der Einsatz von Standardverfahren der multivariaten Statistik.

Insgesamt kommt die Studie zu folgendem Fazit: Der indikatorbasierte Koordinierungsansatz, der im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung auf vielfältigen Gebieten verfolgt wird, stößt im Kontext der Lissabon-Agenda an seine Grenzen. Es ist eine Illusion zu glauben, die diesbezüglichen Prozesse könnten in ihrer vollen Komplexität in Kennzahlen abgebildet und mit deren Hilfe zielgenau gesteuert werden. Von daher verbietet sich jegliche mechanistische und schematische Evaluation der Strukturindikatoren ohne umfassende Hintergrundanalysen.

Download der Studie unter: [tp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/div/ZEW_Strukturindikatoren_lang_rev.pdf](http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/div/ZEW_Strukturindikatoren_lang_rev.pdf)

Dr. Friedrich Heinemann,
heinemann@zew.de

Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005

In Kürze werden die ersten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach der Revision 2005 veröffentlicht. Im Folgenden werden einige der wichtigsten konzeptionellen Änderungen beschrieben.

Das Statistische Bundesamt DESTA-TIS führt regelmäßig Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) durch. Zu unterscheiden sind laufende Revisionen, in deren Rahmen erste Schätzungen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und seiner Komponenten präzisiert werden, und Generalrevisionen, in deren Rahmen sowohl neue Erhebungen berücksichtigt als auch neue Definitionen und Methoden eingeführt werden. Die letzte Generalrevision fand 1999 statt. In ihrem Rahmen wurde das deutsche Zahlenwerk auf das Europäische System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95) umgestellt. Eine weitere Generalrevision, die – wie auch das ESGV 95 – vor allem die internationale Vergleichbarkeit der VGR-Ergebnisse verbessern soll, ist für April 2005 vorgesehen.¹

Einführung der Vorjahrespreisbasis

Kernelement der Revision 2005 ist die Umstellung der Preisbereinigung in der VGR von der Festpreisbasis auf die Vorjahrespreisbasis. Nach bisheriger Praxis werden die um Preisveränderungen bereinigten Wachstumsraten der VGR-Größen durch Umrechnung der nominalen Ergebnisse auf ein einheitliches Preisbasisjahr ermittelt. Die Entwicklung der inflationsbereinigten Zeitreihen wurde zuletzt in Preisen des Basisjahres 1995 angegeben. Nachteil dieses recht einfachen und transparenten Verfahrens ist allerdings, dass die Preisbereinigung auf Preisstrukturen der Vergangenheit beruht und die aktuellen Preisrelationen

möglicherweise nicht mehr widerspiegelt. Dies lässt sich an einem Beispiel verdeutlichen (Tabelle 1): Betrachtet werden zwei Güter, von denen eines jedes Jahr um 10 v.H. teurer, das andere um 10 v.H. billiger wird. Gut 1 wird – bei normalem Nachfrageverhalten – dementsprechend schwächer nachgefragt (im Beispiel um 1 v.H. je Jahr), die Nach-

frage nach Gut 2 nimmt dagegen zu (im Beispiel um 3 v.H. je Jahr). Werden die Wachstumsraten in Preisen des Jahres 1 berechnet ($\Delta Y'$), so ergeben sich höhere Werte als bei einer Berechnung in Preisen des jeweiligen Vorjahres ($\Delta Y''$), weil der Nachfragerückgang des teurer werdenden Gutes 1 mit einem zu geringen Gewicht, die steigende Nachfrage nach dem preiswerter werdenden Gut 2 dagegen mit einem zu hohen Preisgewicht in die Rechnung eingeht.

Tabelle 1: Festpreisbasis und Vorjahrespreisbasis im Vergleich

t	Gut 1 Preis	Gut 1 Menge	Gut 2 Preis	Gut 2 Menge	Y Summe nominal	Y' Summe in Preisen von t1	$\Delta Y'$ in Preisen von t1	Y'' Verketteter Mengenindex Basis t1	$\Delta Y''$ in Preisen von t-1
1	1,00	50,00	1,00	50,00	100,0	100,0		100,0	
2	1,10	49,50	0,90	51,50	100,8	101,0	1,00 v.H.	101,0	1,00 v.H.
3	1,21	49,01	0,81	53,05	102,3	102,1	1,04 v.H.	101,8	0,84 v.H.
4	1,33	48,51	0,73	54,64	104,4	103,2	1,08 v.H.	102,5	0,68 v.H.
5	1,46	48,03	0,66	56,28	107,2	104,3	1,12 v.H.	103,1	0,53 v.H.

Quelle: ZEW.

frage nach Gut 2 nimmt dagegen zu (im Beispiel um 3 v.H. je Jahr). Werden die Wachstumsraten in Preisen des Jahres 1 berechnet ($\Delta Y'$), so ergeben sich höhere Werte als bei einer Berechnung in Preisen des jeweiligen Vorjahres ($\Delta Y''$), weil der Nachfragerückgang des teurer werdenden Gutes 1 mit einem zu geringen Gewicht, die steigende Nachfrage nach dem preiswerter werdenden Gut 2 dagegen mit einem zu hohen Preisgewicht in die Rechnung eingeht.

In der Realität sind die Differenzen zwischen beiden Verfahren bei weitem nicht so drastisch, wie in diesem vereinfachten Beispiel dargestellt. Die Tendenz ist allerdings die gleiche: Bei normaler Reaktion der Nachfrage auf Preisänderungen führt die Berechnung von realen Wachstumsraten, bezogen auf ein konstantes Basisjahr, zu einer Überzeichnung der realen Wachstumsrate, verglichen mit einer Bereinigung auf Basis der Preise des Vorjahres. Aus diesem

amtes für die Verwendungskomponenten des deutschen BIP im Zeitraum 1992 – 2002 zeigen sowohl Verringerungen als auch Steigerungen der realen Wachstumsraten, die für das gesamte BIP und die meisten seiner Komponenten allerdings recht klein ausfallen (siehe Tabelle 2).

Der Vorteil der höheren Aktualität muss jedoch mit dem Nachteil der additiven Inkonsistenz erkauft werden. Preisbereinigte Zeitreihen müssen bei Verwendung der Vorjahrespreisbasis durch Verkettung der jährlichen Wachstumsraten ermittelt werden. Auf Verkettung basierende Zeitreihen etwa für die Verwendungskomponenten des BIP addieren sich nicht zu dem unmittelbar auf dieselbe Weise preisbereinigten BIP. Es verbleiben Residuen, die tendenziell umso höher ausfallen, je länger der Zeitraum der Verkettung ist. Einen Eindruck von der Höhe der Residuen für die Verwendungsseite des BIP vermitteln die US-amerikanischen BIP-Zahlen, die schon lange durch Verkettung errechnet werden: Hier ergeben sich Residuen bis zu 0,6 v.H. des BIP im Zeitraum 1995 bis

¹ Vgl. zu den folgenden Ausführungen Statistisches Bundesamt, Sitzung des Fachausschusses Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen am 26. Nov. 2003, „TOP 2.1.1. Einführung der Vorjahrespreisbasis“, „TOP 2.1.2. Neue Deflationierungsmethoden“ und „TOP 2.1.3. Berechnung und Aufteilung von FISIM“. Download unter www.destatis.de.

2004, bezogen auf Zeitreihen mit dem Referenzjahr 2000.²

Neue Verfahren der Deflationierung

In inhaltlichem Zusammenhang mit der Einführung der Vorjahrespreisbasis steht die Verbesserung der Preismessung. Dies betrifft insbesondere die Preismessung bei Nicht-Marktdienstleistungen und die Bereinigung um Qualitätsveränderungen. Bei Dienstleistungen, für die üblicherweise keine Marktpreise entrichtet werden, wie etwa im Schulsystem, wurde bislang die Entwicklung der Inputs (z.B. der realen Arbeitskosten) als Indikator für die Entwicklung der Outputs verwendet. Nachteilig ist es, dass Produktivitätssteigerungen nicht angemessen berücksichtigt werden können. Aus diesem Grund sollten die Volumina der Dienstleistungen möglichst direkt gemessen werden. Hier stellen sich allerdings oft schwer überwindbare Probleme, da für viele Dienstleistungen keine aussagefähigen Volumenindikatoren und Gewichte zur Aggregation gefunden werden können. In Deutschland soll die direkte Volumenmessung künftig für Erziehung und Unterricht durchgeführt werden. Als Outputindikator dienen Unterrichtsstunden, die über verschiedene Bildungsbereiche mit ihren durchschnittlichen Kosten aggregiert werden. Die Einführung der direkten Volumenmessung ist außerdem bei Pflegeleistungen vorgesehen.

Mit der Revision 2005 wird auch der Anwendungsbereich der hedonischen Preismessung – also der regressionsanalytischen Schätzung von Preisen in Abhängigkeit von Produktmerkmalen – ausgedehnt. Das methodisch anspruchsvolle Verfahren der hedonischen Preismessung ermöglicht vor allem bei Gütern mit einer hohen Rate des technischen Fortschritts eine bessere Trennung von Preis- und Qualitätsänderungen, als dies mit herkömmlichen direkten Verfahren der Bestimmung von Qualitätsunterschieden möglich ist. Bisher wurden bereits die Verbraucherpreisindizes für Personalcomputer und Gebrauchtwagen sowie die Erzeuger-, Einfuhr-, Ausfuhr- und Großhandelspreisindizes für EDV-

Güter mit hedonischen Verfahren ermittelt. Im Januar 2005 wurde die hedonische Preismessung für elektrische Haushaltsgeräte und Unterhaltungselektronik eingeführt.³ Mit der VGR-Revision wird die hedonische Preismessung nun auch auf Bauteile von Computern

gen berechnet. Soweit sie vom Staat oder den privaten Haushalten in Anspruch genommen werden, erhöhen sie deren Verbrauch und damit das BIP. Bankdienstleistungen, die an produzierende Einheiten gehen, werden wie bisher den Vorleistungen zugerechnet.

Tabelle 2: Differenzen Vorjahrespreisbasis abzüglich Festpreisbasis, Veränderung zum Vorjahr in Prozentpunkten (Proberechnungen)

Jahr	Priv. Konsum	Ausrüstungen	Bauten	Exporte	Importe	BIP
1993	0,0	0,3	0,0	0,0	0,2	0,0
1994	0,0	0,1	0,1	-0,1	-0,1	0,0
1995	0,0	0,1	0,0	-0,1	-0,2	0,0
1996	0,0	0,0	0,0	0,1	-0,1	0,1
1997	0,0	-0,1	0,0	-0,2	-0,3	0,0
1998	0,0	-0,2	0,0	0,1	-0,5	0,1
1999	0,0	-0,6	-0,1	-0,1	0,3	-0,1
2000	-0,1	-0,4	-0,1	-0,3	-0,2	-0,1
2001	0,0	-0,1	0,0	0,3	-0,4	0,2
2002	-0,1	k.A.	0,0	0,0	0,6	k.A.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

(Computerchips) ausgedehnt. Außerdem werden für Computer hedonisch bereinigte Zeitreihen bis 1991 rückgerechnet ausgewiesen. Allerdings erfolgt diese Rückrechnung anhand der entsprechenden US-amerikanischen Deflatoren, für Deutschland sind für diesen Gesamtzeitraum keine originären Daten vorhanden.

Verbesserungen durch die Verwendung internationaler Preise werden außerdem bei der Preismessung von großen Investitionsgütern (Schiffen, Flugzeugen) angestrebt.

Entgelte für Bankdienstleistungen

Im Rahmen der VGR-Revision 2005 wird auch die Bankenproduktion anders als bisher behandelt: Im Gegensatz zum bisherigen Verfahren werden die implizit in der Zinsmarge enthaltenen Entgelte für Bankdienstleistungen künftig nicht mehr generell den Vorleistungen zugerechnet. Die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen (künftig FISIM: Financial Services Intermediation Indirectly Measured) werden als Differenz zwischen einem von Risiko- und Dienstleistungszuschlägen freien Referenzzinssatz und den tatsächlichen Zinszahlun-

Durch diese Neuberechnung ändert sich auch die Aufteilung zwischen Zins- und Dienstleistungsströmen, da ein Teil der bisherigen Zinsströme künftig als Dienstleistungsentgelt gebucht wird. Auch diese Neuaufteilung berührt die Höhe des Bruttoinlandsprodukts, da grenzüberschreitende Zinszahlungen nun zum Teil als Dienstleistungsimporte bzw. -exporte und nicht mehr im Saldo der empfangenen bzw. geleisteten Primäreinkommen gebucht werden. Testrechnungen haben eine Erhöhung des BIP durch den neuen Berechnungsmodus um rund 1,5 v.H. ergeben.

Zeitplan für die Veröffentlichung der revidierten Daten

Die ersten Ergebnisse der umfassenden VGR-Revision 2005 wird das Statistische Bundesamt am 28. April 2005 veröffentlichen. Zu diesem Zeitpunkt werden nach den neuen Konzepten von 1991 bis 2004 rückgerechnete Daten zur Verfügung gestellt. Rückgerechnete Ergebnisse für den Zeitraum ab 1970 sollen später im Jahr veröffentlicht werden. Die Ergebnisse für das erste Quartal 2005 (Veröffentlichung Mai 2005) werden bereits nach dem neuen Verfahren ausgewiesen.

Dr. Peter Westerheide,
westerheide@zew.de

2 Vgl. www.bea.gov -> Gross Domestic Product -> Interactive NIPA-Tables.

3 Vgl. Stefan Linz, Timm Behrmann, Ulf Becker: „Hedonische Preismessung bei EDV-Investitionsgütern“, in *Wirtschaft und Statistik* 6/2004, S. 682 ff.

Messkonzepte und Entwicklungen fiskalischer Dezentralisierung

Für die letzten zwei Jahrzehnte ist in zahlreichen Ländern eine zunehmende Dezentralisierung des Staatssektors zu verzeichnen. Gleichzeitig nimmt das Interesse der finanzwissenschaftlichen Literatur an der Untersuchung des vertikalen Staatsaufbaus zu. Ein großes Problem internationaler Vergleiche besteht dabei in der Messung des fiskalischen Dezentralisierungsgrades. Zu diesem Zweck befasst sich eine Studie des ZEW mit der korrekten Quantifizierung des fiskalischen Dezentralisierungsgrades und mit der Analyse seiner Entwicklung in den OECD-Staaten.

Der fiskalische Dezentralisierungsgrad bezeichnet im allgemeinen das Ausmaß, in dem staatliche Aufgaben und Ressourcen lokalen oder regionalen Gebietskörperschaften zugewiesen werden. Er wird in der Literatur üblicherweise anhand des Anteils dieser Gebietskörperschaften an den Gesamtausgaben oder -einnahmen des Staates quantifiziert. Um Doppelzahlungen zu vermeiden müssen bei der vertikalen Aggregation die Ausgaben und Einnahmen um Zahlungen zwischen den verschiedenen Staatsebenen bereinigt werden, so dass diese Zahlungen entweder dem Empfänger oder dem Zahler zugeordnet werden (siehe Kasten 1). Im ersten Fall werden alle Ausgaben erfasst, die unmittelbar von der jeweiligen Ebene getätigt werden (Indikator DA1), im zweiten Fall die Ausgaben, die aus formell eigenen Mitteln finanziert werden (DA2), oder die eigenen unmittelbaren Einnahmen (DE3).

Dieser Quantifizierungsansatz ist jedoch mit zahlreichen Problemen behaftet. Ein Hauptproblem aggregierter Maße besteht in der Schwierigkeit zu unterscheiden, ob eine Zunahme des Dezentralisierungsindikators auf ein vergleichsweise stärkeres Wachstum vorhandener dezentraler Ausgaben und Einnahmen, oder aber auf die Übernahme neuer Aufgaben und Einnahmequellen durch die untergeordneten Staatsebenen zurückzuführen ist. Während der

Kasten 1: Maße der fiskalischen Dezentralisierung

Ausgabendezentralisierung

DA1 = Ausgaben der dezentralen Staatsebene abzgl. Zahlungen an andere Staatsebenen in v.H. der Gesamtausgaben des Staates abzgl. Zahlungen zwischen den Staatsebenen (unmittelbare Ausgaben)

DA2 = Ausgaben der dezentralen Staatsebene abzgl. Zahlungen von anderen Staatsebenen in v.H. Gesamtausgaben des Staates abzgl. Zahlungen zwischen den Staatsebenen (Nettoausgaben)

Steuerdezentralisierung

DS1 = Einnahmen der dezentralen Staatsebene aus eigenen autonomen Steuern (a)-(c) in v.H. der Gesamtsteuereinnahmen des Staates

DS2 = Einnahmen der dezentralen Staatsebene aus eigenen autonomen Steuern (a)-(c) und autonomen Verbundsteuern (d.1)-(d.2) in v.H. der Gesamtsteuereinnahmen des Staates

DS3 = Gesamtsteuereinnahmen der dezentralen Staatsebene in v.H. der Gesamtsteuereinnahmen des Staates

Einnahmendezentralisierung

DE1 = Einnahmen der dezentralen Staatsebene aus eigenen autonomen Steuern (a)-(c) und sonstigen eigenen Quellen in v.H. der Gesamteinnahmen des Staates abzgl. Zahlungen zwischen den Staatsebenen

DE2 = Einnahmen der dezentralen Staatsebene aus eigenen autonomen Steuern (a)-(c), aus autonomen Verbundsteuern (d.1)-(d.2) und aus sonstigen eigenen Quellen in v.H. der Gesamteinnahmen des Staates abzgl. Zahlungen zwischen den Staatsebenen

DE3 = Gesamteinnahmen der dezentralen Staatsebene abzgl. Zahlungen von anderen Staatsebenen in v.H. Gesamteinnahmen des Staates abzgl. Zahlungen zwischen den Staatsebenen (unmittelbare Einnahmen)

Kasten 2: Klassifizierung der Steuern der dezentralen Ebene nach Autonomiegrad

- (a) dezentrale Staatsebene bestimmt Steuersatz und Bemessungsgrundlage
- (b) dezentrale Staatsebene bestimmt lediglich den Steuersatz
- (c) dezentrale Staatsebene bestimmt lediglich die Bemessungsgrundlage
- (d) Verbundsteuern:
 - (d.1) dezentrale Staatsebene bestimmt die Aufteilung
 - (d.2) Aufteilung nur mit Zustimmung der dezentralen Staatsebene geändert
 - (d.3) Aufteilung einseitig durch zentrale Staatsebene geändert (im Gesetz)
 - (d.4) Aufteilung einseitig durch zentrale Staatsebene geändert (im Haushalt)
- (e) zentrale Staatsebene bestimmt Steuersatz und Bemessungsgrundlage

Quelle: OECD (1999), Taxing Powers of State and Local Government, OECD Tax Policy Studies No.1, Paris.

erste lediglich ein Budgeteffekt ist, stellt die Übertragung zentralstaatlicher Aufgaben auf die untergeordneten Ebenen eine tatsächliche Dezentralisierung dar. Außerdem spiegeln die aus der Finanzstatistik abgeleiteten Ausgaben- und Einnahmenanteile die tatsächlichen Gesetzgebungskompetenzen und andere Aspekte der Staatstätigkeit, die keine unmittelbaren Finanzströme darstellen, nicht angemessen wider. Aufgrund dieser Unzulänglichkeiten führt die Verwendung unkorrigierter Budgetanteile zu einer falschen Darstellung des Dezentralisierungsgrades, was wiederum den internationalen Vergleich fiskalischer

Strukturen verzerren und Auswirkungen auf die Resultate empirischer Untersuchungen haben kann.

Aufgrund der begrenzten Aussagekraft dieser Kennzahlen und der besonderen Bedeutung der finanziellen Unabhängigkeit verfolgt die Studie des ZEW die Entwicklung eines Indikators für die Steuerautonomie der dezentralen Ebenen unter Berücksichtigung der Ertrags- und Gesetzgebungskompetenzen. Der hier vorgeschlagene Indikator gibt den Anteil des Steueraufkommens an, der von untergeordneten Ebenen bestimmt oder entscheidend mitbeeinflusst wird und diesen auch zufließt. Bei strenger,

am Steuerwettbewerb orientierter Definition der Fiskalautonomie wird dabei lediglich das Aufkommen aus solchen Steuern berücksichtigt, über deren Satz und/oder Bemessungsgrundlage eine untergeordnete Gebietskörperschaft allein entscheidet (Indikator DS1). Eine breitere Auslegung des Autonomiebegriffs schließt darüber hinaus Einnahmen aus einem Steuerverbund mit ein, wenn deren Aufteilung nicht ohne Zustimmung der dezentralen Ebene geändert werden kann (DS2). Im Vergleich dazu weist das herkömmliche Maß (DS3) die Steuereinnahmen nach Aufkommen zu, gleichgültig ob die empfangende Gebietskörperschaft deren Erhebung beeinflussen kann. Dieser Quantifizierungsansatz kann analog dazu auf die gesamte Einnahmenseite angewandt werden, indem Einnahmen aus sonstigen eigenen Quellen, wie Gebühren, Kapitaleinnahmen oder Überschüsse öffentlicher Unternehmen als eigene autonome Einnahmen klassifiziert werden, während von anderen Staatsebenen empfangene Zahlungen erneut unberücksichtigt bleiben (Indikatoren DE1-DE3).

Die Gesetzgebungskompetenzen der dezentralen Gebietskörperschaften in 23 OECD-Staaten wurden gemäß der Klassifizierung der OECD für die einzelnen Steuerarten (siehe Kasten 2) für den Zeitraum 1965 bis 2001 aus den nationalen Finanzverfassungen und Gesetzestexten abgeleitet. Darauf aufbauend wurde das autonom bestimmte Steueraufkommen mittels der Einnahmenstatistik der OECD (Revenue Statistics) auf jährlicher Basis berechnet und alternative Indikatoren der Steuer- und Einnahmendezentralisierung konstruiert. Bedeutende Änderungen in den Gesetzgebungskompetenzen im Untersuchungszeitraum sind dabei durch eine geeignete Anpassung der Klassifikation berücksichtigt.

Zum einen zeigen die Ergebnisse dieser Untersuchung, dass sich durch herkömmliche fiskalische Kennzahlen als dezentralisiert ausgewiesene Staaten bei näherer Betrachtung der Gesetzgebungskompetenzen als äußerst stark zentralisiert erweisen, und umgekehrt (siehe Abbildung 1). Dies gilt vor allem für Staaten, wie Österreich und Deutschland, in denen trotz föderaler Verfassun-

gen lokale und regionale Gebietskörperschaften nur über eine geringe Steuerautonomie verfügen. Werden lediglich diejenigen Steuereinnahmen berücksichtigt, die von den untergeordneten Gebietskörperschaften autonom bestimmt werden können (DS1), dann betrug der Dezentralisierungsgrad bei den Ländern im Zeitraum 1996-2001 3,5 v.H. bzw. 7,3 v.H., während sich auf der Grundlage aller ihnen in der Finanzstatistik zugewiesenen Steuereinnahmen Dezentralisierungsgrade von 28,7 v.H. und 49,6 v.H. ergeben. Als am stärksten dezentralisiert erweisen sich die Schweiz (53,9 v.H.) und Kanada (52,4 v.H.), aber auch unitarische Staaten wie Schweden (43,7 v.H.) oder Japan (36,7 v.H.) haben hohe Dezentralisierungsgrade.

Obwohl kein einheitlicher Trend während der letzten drei Jahrzehnte erkennbar ist, weisen sowohl die fiskalischen Kennzahlen als auch die Analyse der institutionellen und fiskalpolitischen Änderungen im Zeitablauf auf signifikante Dezentralisierungstendenzen in den meisten OECD-Staaten hin. So stieg im Untersuchungszeitraum der Median des Dezentralisierungsgrades auf der Basis allein von den untergeordneten Gebietskörperschaften bestimmter Steuern (DS1) in den OECD-Staaten von

12,1 v.H. auf 20,8 v.H. (siehe Abbildung 2). Besonders starke Dezentralisierungsschritte fanden dabei in Belgien, Frankreich und Spanien statt, während in manchen Ländern, wie Irland, Norwegen oder dem Vereinigten Königreich eine Zentralisierung festzustellen ist. Ähnliche Entwicklungen ergeben sich bei Berücksichtigung aller Einnahmen, wobei generell der Dezentralisierungsgrad bei den Gesamteinnahmen höher ist als bei den Steuereinnahmen.

Schlussfolgerung

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die in der Literatur verwendeten Maße das tatsächliche Ausmaß an fiskalischer Dezentralisierung häufig überschätzen. Trotz diverser Unzulänglichkeiten können aggregierte finanzstatistische Kennzahlen bei angemessener Berücksichtigung der Entscheidungsbefugnisse sinnvolle quantitative Maße der Dezentralisierung liefern. Eine mögliche Erweiterung dieser Quantifizierungsansätze könnte beispielsweise darin bestehen, die Ausgabenautonomie ausgehend von den Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnissen in ähnlicher Weise zu erfassen.

Dan Stegarescu,
stegarescu@zew.de

Abb.1: Dezentralisierungsgrad der Steuern in OECD-Staaten, 1996/2001

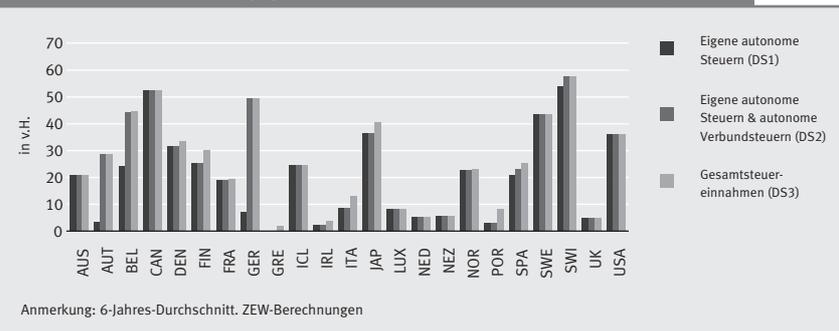
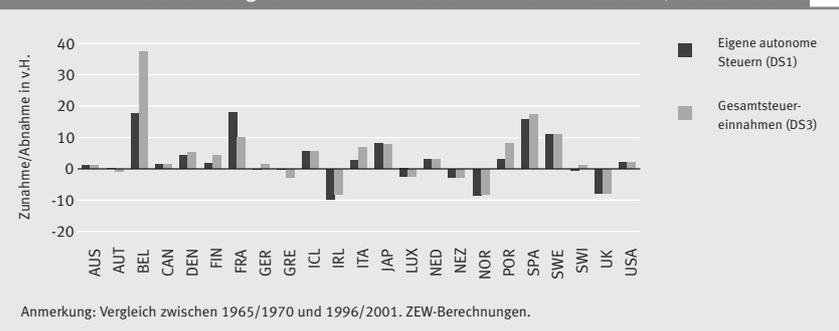


Abb.2: Dezentralisierungstendenzen der Steuern in OECD-Staaten, 1965-2001



Inflationsdifferenzen im Euroraum

Die Europäische Zentralbank (EZB) trifft ihre Zinsentscheidungen, um die Preisniveaustabilität in der mittleren Frist für den gesamten Euroraum zu gewährleisten. Unterschiede in den länderspezifischen Inflationsraten gehen daher gemäß dem Mandat der EZB nur insoweit in die Entscheidungen ein, als dass sie die Inflationsrate der Eurozone beeinflussen. Inflationsdifferenziale zu beseitigen ist nicht die Aufgabe der EZB. Unterschiedliche Inflationsraten können sogar auf eine zunehmende Integration im Eurogebiet hinweisen.

Mit der Europäischen Währungsunion war und ist die Erwartung verbunden, dass die teilnehmenden Länder sowohl im Hinblick auf die nominalen als auch

Tabelle 1: Inflationsraten*

	Minimum	Eurozone	Maximum
1993	1,4 v.H. (Irland)	3,3 v.H.	14,4 v.H. (Griechenland)
1999	0,5 v.H. (Österreich)	1,1 v.H.	2,5 v.H. (Irland)
2004	0,1 v.H. (Finnland)	2,1 v.H.	3,2 v.H. (Luxemburg)

* Jährliche durchschnittliche Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex 1993, des Harmonisierten Verbraucherpreisindex 1999 und 2004. Quelle: Eurostat

die realen Größen konvergieren. Besondere Aufmerksamkeit hat neben der möglichen Angleichung der Konjunkturzyklen die Konvergenz der Inflationsraten gefunden. Schon ein erster Blick auf die Jahresinflationsraten in der Eurozone zeigt die unterschiedliche Situation in den EWU-Ländern (siehe Tabelle 1). Während 1993 der Abstand zwischen der niedrigsten und der höchsten Inflationsrate im späteren Eurogebiet 13 Prozentpunkte betrug, waren es 1999 nur noch 2 Prozentpunkte. Im Jahr 2004 hat sich die Differenz jedoch wieder auf 3,1 Prozentpunkte erhöht. Die Konvergenz vor 1999 kann mit der Vorbereitung der Länder auf die Währungsunion begründet werden. Durch die Anstrengungen, das Konvergenzkriterium einer niedrigen Inflations-

rate zu erfüllen, hat auch die Streuung der Inflationsraten abgenommen. Seit Beginn der Währungsunion scheint der Konvergenzprozess in Bezug auf die Inflationsraten jedoch zu einem Stillstand gekommen zu sein.

Die Analyse der Ursachen und Auswirkungen der Inflationsdifferenziale im Euroraum ist nicht zuletzt für die Geldpolitik der EZB von Bedeutung. Zwar kann die EZB gemäß ihrem Mandat keine regionalen Unterschiede berücksichtigen. Allerdings finden die unterschiedlichen nationalen Inflationsraten beispielsweise bei der Definition von Preisniveaustabilität Berücksichtigung. Diese ist so gewählt, dass Länder mit niedrigeren Inflationsraten als der Durchschnitt keine Deflation erleben sollten, wenn die EZB ihr Ziel, die Inflationsrate der Eurozone unter, aber nahe 2 v.H. zu halten, erreicht.

Neben der Möglichkeit, dass stark streuende Inflationsraten in Europa die Akzeptanz der einheitlichen Geldpolitik beeinträchtigen könnten, ergeben sich Auswirkungen auf die nationalen Realzinsätze und damit auf die Realwirtschaften der Länder. Ex post weisen Länder mit hohen Inflationsraten niedrigere und Länder mit niedrigen Inflationsraten höhere Realzinsen auf, da sich alle Volkswirtschaften einem einheitlichen Nominalzins gegenübersehen. Ex ante ist jedoch die erwartete Inflation relevant. Die Inflationserwartungen weisen

zumindest für die in Tabelle 2 aufgeführten Länder des Eurogebiets eine geringere Spannweite auf. Dies deutet auf einen Erfolg der EZB, die Inflationserwartungen zu stabilisieren, hin.

Unterschiedliche Inflationsraten in den Volkswirtschaften des Eurogebiets können auf eine fortschreitende Integration hindeuten. Das ist beispielsweise dann der Fall, wenn sie durch die Angleichung der Preisniveaus entstehen. Eine zweite Möglichkeit ist, dass Länder, die sich in einem Aufholprozess in Bezug auf das Pro-Kopf-Einkommen befinden, höheren Inflationsraten aufweisen. Die höheren Inflationsraten entstehen durch Preiseffekte bei nicht-handelbaren Gütern. Die steigenden Preise lassen sich auf Lohnerhöhungen zurückführen, die im Gegensatz zum Sektor der handel-

Tabelle 2: Inflationserwartungen*

	1995	1999	2004
Österreich	2,5	1,4	1,1
Belgien	2,5	1,7	1,3
Frankreich	1,8	1,5	1,4
Deutschland	2,3	1,7	0,8
Italien	3,4	2,1	2,0
Niederlande	2,4	2,4	2,0
Spanien	3,9	2,4	2,6
Eurozone			1,5

* Anstieg der Konsumentenpreise in v.H., Durchschnitt über die 12 vorhergehenden Monate. Quelle: Economic Consensus Forecasts second position (Ecowin), eigene Berechnungen

baren Güter nicht aus einer Zunahme der Produktivität herrühren (Balassa-Samuelson-Effekt). In diesen Fällen sind Inflationsdifferenziale sogar notwendig für die Angleichung der wirtschaftlichen Verhältnisse in einer Währungsunion.

Dr. Katrin Ullrich,
ullrich@zew.de

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW Konjunkturreport, erscheint vierteljährlich.

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim, L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (Präsident)

Redaktion: Marcus Kappler, Telefon 0621/1235-157, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: kappler@zew.de
Dr. Friedrich Heinemann, Telefon 0621/1235-149, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: heinemann@zew.de
Dr. Katrin Ullrich, Telefon 0621/1235-145, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: ullrich@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2005